

Welche Schutzmaßnahmen gegen Hitze braucht es?

Knappes Grundwasser und tödliche Außentemperaturen: Die Regierung ignoriert die Klimakrise, sagt Markus Zipf

Interview: Gitta Düperthal

Angesichts der jüngsten Hitzewelle fordert der Deutsche Städtetag Anreize, um präventiv gegen Wasserknappheit vorgehen zu können. Bund und Länder könnten mit einheitlichen Entnahmeentgelten für mehr Gewässerschutz und Klimaanpassung sorgen. Eine richtige Forderung?

Das ist auch uns wichtig. In Regionen wie Brandenburg gibt es jetzt Aufrufe zum Wassersparen, weil das Grundwasser knapp wird. Südliche Länder wie Spanien machen uns vor, wie Bevorratung und Kontingentierung von Wasser funktionieren kann: Landwirtschaft und Industrie müssen ihren Verbrauch drosseln. Flüsse und Gewässer dürften nicht mehr kanalisiert werden, um Wasser gezielt abzuführen, und Flusslandschaften nicht weiter bebaut, sondern sie müssen rückgebaut werden. Natürliche Überschwemmungsgebiete speichern Wasser für Trockenzeiten. Renaturierung dient dem Hochwasserschutz bei Starkregen, auch damit so eine Katastrophe wie im Ahrtal nicht mehr passieren kann.

Durch die Hitzewelle im Juni kamen nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts 5.100 Menschen ums Leben. Welche Schutzmaßnahmen braucht es?

Die Drei-30-300-Regel des international bekannten Forschers Cecil Konijnendijk umzusetzen, kann helfen, Städte kühl zu halten: Jeder Mensch sieht vom Haus aus mindestens drei Bäume. In jedem Viertel sind mindestens 30 Prozent der Fläche von Baumkronen bedeckt. Der nächste Park oder Wald ist höchstens 300 Meter entfernt. Besonders für vulnerable Gruppen, ältere und kranke Menschen sowie Kinder, sind jetzt Maßnahmen erforderlich. Sie können diese Hitze in Gebäuden wie Krankenhäusern, Pflegeheimen und Schulen teils nicht mehr aushalten. Es muss technisch klimatisiert, vor allem aber an den Gebäudestandards gearbeitet werden. Um Verschattung zu erreichen, braucht es Fassaden- und Dachbegrünung. Triste, größtenteils völlig versiegelte Schulhöfe haben kaum Aufenthaltsqualität.

Bund, Länder und Kommunen setzen oft andere Prioritäten. Für den Bau von Autobahnen oder Zubringerstraßen müssen Bäume und Grünflächen dran glauben. Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert bedenkenloses Opfern von Stadtbäumen für Bauprojekte, Parkplätze

und kurzfristige Profitinteressen als »politisches Versagen«. Was muss sich ändern?

Bei der Stadtplanung muss, bevor irgend etwas verändert werden kann, das Grün für Bäume, Wälder oder Wiesen oder das Blau für Wasser verpflichtend mitgedacht werden. Anteile dafür müssen jeweils festgeschrieben sein.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich dafür ein, Klimaschutz und -anpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern.

Dies zur Gemeinschaftsaufgabe zu machen bedeutet auch, dass die Finanzierung entsprechend gesichert sein muss. Deshalb unterstützen wir die Forderung. Bund und Länder lassen die Städte und Gemeinden oft damit alleine. Die sollen das trotz klammer Kassen zahlen.

Bundeskanzler Friedrich Merz schweigt dröhnend zum Thema. Äußern wolle er sich erst, »wenn sich diese Wetterentwicklungen fortsetzen«, sagte er bei der Sommerpressekonferenz vergangenen Mittwoch. Wie ist das zu verstehen?

Er ignoriert die Tatsache, dass der Klimawandel Menschen das Leben erschwert oder es ihnen gar raubt. Angesichts der lebensbedrohlichen Auswirkungen kann man nicht einfach nur darauf hoffen, dass es wieder kühler wird oder regnet. Das passt aber zum Stil dieser Bundesregierung.

Was meinen Sie damit?

In Frankreich und anderen Ländern ist man weiter. Längst gibt es Frühwarnsysteme für Hitzewellen, wonach fristgerecht gehandelt werden muss. Aus unserer Sicht müsste dann etwa Personal in den Krankenhäusern aufgestockt werden. Der »Bauturbo« kann in überhitzten Städten nicht einfach durchgezogen werden, ohne Klimaschutz zu beachten. Aber von Bauministerin Verena Hubertz von der SPD und Gesundheitsministerin Nina Warken von der CDU ist zum Thema nichts zu hören.

Werden Umweltverbände genug angehört?

Nein. Das Vereinfachen und Beschleunigen von Bauvorhaben heißt nichts anderes, als somit die Beteiligungsrechte von Umweltverbänden einschränken zu wollen. Es wird nicht mehr viel geprüft, Verfahren werden abgekürzt. Auch in sensiblen Bereichen darf gebaut werden. So werden wir für die Umwelt einen deutlichen Rückfall zu beklagen haben.

Markus Zipf ist Bereichsleiter Kommunalen Umweltschutz bei der Deutschen Umwelthilfe e. V.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526629.tödliche-temperaturen-welche-schutzmaßnahmen-gegen-hitze-braucht-es.html>